

FAZ, 31. Mai 2010

Israel

Empörung über Militäraktion vor Gaza

Die indirekten Friedensgespräche im Nahen Osten sind nach einer Aktion der israelischen Marine zum Stillstand gekommen. Am frühen Montagmorgen hatte ein Kommando einen Schiffskonvoi mit Hilfslieferungen für den Gazastreifen aufgebracht. Dabei wurden nach Presseberichten 16 Menschen getötet, die israelische Armee spricht von neun Toten. ...

Der israelische Verteidigungsminister Barak bedauerte die Todesfälle während der Erstürmung. Bei der Fahrt nach Gaza habe es sich um eine „politische Provokation durch anti-israelische Organisationen“ gehandelt. Vergeblich habe Israel den Organisatoren angeboten, ihre Hilfsgüter nach Aschdod zu bringen, um sie dann von dort nach einer Überprüfung auf dem Landweg nach Gaza zu transportieren. ...

Militär: Menge wollte Soldaten „lynchen“

Aktivisten berichteten, auf dem türkischen Schiff „Mavi Marmara“, hätten israelische Soldaten sofort das Feuer eröffnet, nachdem sie sich in den frühen Morgenstunden von Hubschraubern abgeseilt hatten. Israelische Militärsprecher und Regierungsmitglieder widersprachen dieser Darstellung. Die Soldaten hätten erst geschossen, nachdem sie angegriffen worden seien. Einem Soldaten sei sein Gewehr entrissen worden, und eine wütende Menge habe regelrecht versucht, einen Soldaten zu „lynchen“. Nach Militärangaben wurden sieben Soldaten verletzt, einer von ihnen schwer. ...

Die amerikanische Regierung äußerte am Montag ihr tiefes Bedauern über die Todesfälle. Washington bemühe sich, Aufklärung über die Hintergründe dieser Tragödie zu erhalten, sagte ein Sprecher des Präsidialamtes. Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte eine schnellstmögliche Aufklärung des Angriffs. Es stelle sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit, deshalb sei eine schnelle Aufklärung vonnöten, sagte sie. ...

In ganz Europa stieß das israelische Vorgehen auf einhellige Ablehnung. Die EU-Außenbeauftragte Ashton verlangte in einem Telefonat mit dem israelischen Außenminister Lieberman eine „unverzügliche Untersuchung“ der Ereignisse durch die israelische Regierung. Die türkische Regierung sagte geplante Militärmanöver mit Israel ab und rief ihren Botschafter zurück. Ministerpräsident Erdogan brach eine Lateinamerika-Reise ab. Die israelische Regierung warnte ihre Bürger vor Reisen in die Türkei.

Die arabische Welt reagierte mit Wut und Empörung auf die Militäraktion. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Musa, bezeichnete Israel als Schurkenstaat und sagte, der Vorfall zeige Israels Missachtung für das Völkerrecht. Es habe keinen Zweck, mit Israel über Frieden zu verhandeln, Israel glaube, über dem Gesetz zu stehen. Musa berief für diesen Dienstag eine Dringlichkeitssitzung der Arabischen

FAZ, 31. Mai

Gaza-Blockade

Israel ohne Maß

Die israelische Kommandoaktion wirft noch einmal ein grelles Licht auf die verfehlte Gaza-Politik. Bei der Durchsetzung der Blockade scheint die Regierung jedes Maß verloren zu haben. Die Meinung der Öffentlichkeit schert sie keinen Deut.

Von Günther Nonnenmacher

Die gegenwärtige israelische Regierung scheint bei der Durchsetzung ihrer Gaza-Blockade jegliches Maß verloren zu haben; dass sie die Meinung der Öffentlichkeit keinen

Liga in Kairo ein.

Die „Free Gaza“-Bewegung

... Die „Mavi Marmara“ war der Flotte von der türkischen Hilfsorganisation „Insani Yardim Vakfi“ (IHH) zur Verfügung gestellt worden. Zusammengestellt worden war die Flotte vom „Free Gaza Movement“, das eine in der zypri-schen Hauptstadt Nikosia registrierte internationale Hilfsorganisation ist. Sein Hauptunterstützer ist neben der IHH die vom ehemaligen malaysischen Präsidenten Mahathir Mohamad gegründete „Perdana Global Peace Organisation“. ... Unterstützt wird das „Free Gaza Movement“ auch vom „International Solidarity Movement“, einer palästinensischen Organisation, die sich für gewaltlosen Widerstand in den israelisch besetzten Gebieten Palästinas einsetzt.

Zu den weiteren beteiligten Hilfsorganisationen zählte auch der „Deutsche Koordinationskreis Palästina-Israel“ (Kopi) ... Die Mitglieder des Bündnisses sind die deutsche Sektion der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW); die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“; die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft; die Palästinensische Gemeinde Deutschland sowie die Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft. Letztere stellte medizinische Hilfsgüter im Umfang von etwa fünf Tonnen zur Verfügung. Die vom Bündnis gesammelten Spenden von etwa 25 000 Euro wurden dem „Free Gaza Movement“ weitergeleitet, das es in Schiffe und die logistische Organisation investierte. Wie eine Sprecherin von Pax Christi bestätigte, handelte es sich bei allen Spenden um ausdrücklich für diese Aktion gesammelte Beiträge.

Aus Deutschland waren zehn Personen an Bord der Schiffe. Unter ihnen befanden sich auch die beiden Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Inge Höger, beide Mitglieder der Linkspartei. Sie waren nicht an Bord der angegriffenen Fähre. Zu den Passagieren zählten auch der Schriftsteller Henning Mankell und die nordirische Friedensnobelpreisträgerin Mairead Maguire.

... Das „Free Gaza Movement“ hat sich die Durchbrechung der Seeblockade von Gaza zum Ziel gesetzt. Sie fordert unbeschränkten Seezugang für die palästinensischen Gebiete und spricht sich für eine Zwei-Staaten-Lösung entlang der Grenzen von vor 1967 aus. Das „Free Gaza Movement“ erklärt laut Eigendarstellung seine Solidarität mit dem palästinensischen Volk, fühlt sich jedoch keiner politischen Partei zugehörig. Alle Teilnehmer der Aktion verpflichteten sich vor der Abreise zum Gewaltverzicht.

Zu den prominenten Unterstützern der Organisation zählen die amerikanischen Intellektuellen Noam Chomsky und Naomi Klein, der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu, der griechisch-orthodoxe Erzbischof von Jerusalem, Theodosius Hanna, sowie die Holocaust-Überlebende Hedy Epstein. (avk.)

Deut schert, hat sie schon vorher gezeigt. Das Entern und Aufbringen von Schiffen eines internationalen Konvois, bei dem viele Menschen zu Tode kamen, ist dennoch eine neue Stufe der Eskalation.

Es vertieft nicht nur den internationalen Ansehensverlust des Landes; es dürfte auch zu einem vorerst irreparablen diplomatischen Schaden führen, ...

Es stimmt: Die „Freiheitsflotille“, die von türkischen und griechischen Häfen aus Kurs auf Gaza nahm, um dorthin Hilfsgüter zu bringen, war ein propalästinensisches Propaganda-Unternehmen. Aber an Bord waren nicht nur militante Aktivisten, denen diese Eskalation womöglich gerade recht

ist, sondern auch „Gutmenschen“, denen es wirklich um Menschenrechte und darum ging, die Not der Bevölkerung in Gaza zu lindern.

In Gaza wächst die Not, aber nicht die Einsicht

... Ohne daran zu zweifeln, dass ein Teil der militanten Aktivisten es auf eine Auseinandersetzung anlegte, wird man doch behaupten dürfen, dass die israelische Kriegsmarine die Fähigkeiten und Mittel gehabt hätte, den Zugang zur Küste ohne Anwendung direkter Gewalt zu sperren oder die schlecht organisierte Gaza-Flottille einfach abzurängen. ...

Die ganze Aktion wirft noch einmal ein grelles Licht auf die verfehlte Gaza-Politik Israels. Seit dem Wahlsieg der islamistischen Hamas versuchen israelische Regierungen, diesen Teil der Palästinensergebiete zu isolieren, mit dem erwartba-

FAZ, 1. Juni

Israels Militäraktion

Auf Hoher See darf kein Zwang ausgeübt werden

Vor seiner Küste darf Israel Personen kontrollieren und polizeiliche Befugnisse ausüben. Das Meer jedoch steht allen Staaten offen: Dort gilt die Freiheit der Hohen See.

Von Reinhard Müller

Die Bundesregierung nahm am Montag recht deutlich Stellung: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit müsse gewahrt bleiben, sagte Regierungssprecher Wilhelm. Der „erste Anschein“ spreche nicht dafür. In der Tat lässt sich nach den bisher bekannten Tatsachen eine völkerrechtliche Rechtfertigung für das Handeln Israels nur schwer finden: Das liegt vor allem daran, dass die israelische Militäraktion auf Hoher See stattfand.

Den Staaten ist es völkerrechtlich nicht erlaubt, die Hohe See ihrer Souveränität zu unterstellen. Hohe See ist alles, was nicht zum Küstenmeer oder zur ausschließlichen Wirtschaftszone eines Staates gehört. In der sogenannten Anschlusszone, deren Grenze 24 Seemeilen von der eigenen Küste verläuft, haben die Staaten noch Kontrollrechte - vor allem, um ihren Einreise- und Gesundheitsvorschriften Geltung zu verschaffen.

Also kann Israel in der Anschlusszone vor seiner Küste Personen kontrollieren, ihnen die Einreise verweigern und dazu polizeiliche Befugnisse ausüben. Welche Personen Israel ins Land lässt, entscheidet es allein. Die Regierung hätte also warten können, bis die Flottille auf dem Weg nach Gaza die eigene Anschlusszone erreicht hätte. Dann hätte Israel seine Einreisebestimmungen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchsetzen können. Durchsetzen darf ein Land solche Kontrollrechte jedoch nur unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.

„Rücksichtsvolle“ Durchsuchung

Wie jedes Land hat Israel auch das Recht, Geschehnisse auf hoher See zum Anlass zu nehmen, um gegen fremde Schiffe in seinen Gewässern vorzugehen. Das Recht zur Nacheile wiederum gilt, wenn ein Küstenstaat guten Grund zu der An-

ren Ergebnis, dass dort die Not wächst, aber nicht die Einsicht. Der zur Abschreckung von Raketenangriffen auf das israelische Kernland geführte Gaza-Krieg hat das Elend noch vergrößert. Es ist mit Händen zu greifen, dass dies zu einer Radikalisierung führen muss, angesichts derer man irgendwann bedauern wird, dass die heute noch führenden Hamas-Politiker ihre eigene Bewegung - von noch radikaleren Gruppen ganz abgesehen - nicht mehr unter Kontrolle haben oder als Gesprächspartner ausfallen.

Letztlich wiederholt sich da nur, was in gewisser Weise schon mit der PLO der Fall ist: Israel, das doch Frieden will, hat bald niemanden mehr, mit dem es diesen aushandeln kann und der dann auch stark genug wäre, ein Abkommen in der eigenen Bevölkerung durchzusetzen.

nahme hat, dass gegen seine Gesetze verstoßen wurde. Das setzt aber voraus, dass sich das Schiff zu Beginn der Nacheile zumindest in der Anschlusszone des verfolgenden Staates befand.

Die Flottille befand sich dagegen offenbar stets auf hoher See. Da ist die Lage anders. Es gilt die Freiheit der hohen See; das Meer steht allen Staaten offen. Hoheitsrechte gegenüber fremden Schiffen dürfen grundsätzlich nicht ausgeübt werden. Das schließt freilich nicht aus, dass etwa israelische Kriegsschiffe andere Schiffe auch dort anhalten könnten. Es gibt auch ein Recht, fremde Schiffe zu betreten. Das setzt aber etwa voraus, dass ein begründeter Verdacht der Seeräuberei oder des Sklavenhandels besteht - oder dass vermutet werden muss, dass das fremde Schiff keine Staatszugehörigkeit besitzt.

In Fällen wie diesen kann das Schiff betreten werden. Außerdem dürfen Dokumente eingesehen werden. Bleibt der Verdacht bestehen, so darf das Schiff durchsucht werden, „so rücksichtsvoll wie möglich“. Erweist sich der Verdacht als unbegründet, so ist jeder Schaden zu ersetzen.

Rechte und Pflichten einer Besatzungsmacht

Jeder Staat darf Seeräuberschiffe aufbringen, Piraten festsetzen und Vermögenswerte beschlagnahmen. Darüber hinaus kommen allenfalls noch gewaltsame Maßnahmen in Betracht, die vom UN-Sicherheitsrat autorisiert wurden - etwa zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder zur Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen. Auch in diesen Fällen gilt bei der Anwendung von Gewalt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Nicht in Zweifel steht, dass sich israelische Soldaten gegen Angriffe zur Wehr setzen dürfen. Hat Israel allerdings ohne rechtlichen Grund Gewalt gegen die Schiffe eingesetzt, so durften sich deren Besatzungsmitglieder zur Wehr setzen. Was den Gazastreifen angeht, so wird Israel nicht nur von Deutschland als Besatzungsmacht angesehen - und zwar wegen seiner Kontrolle der Grenzen, des Luftraums und der Gewässer. Eine Besatzungsmacht hat Rechte, aber auch Pflichten, etwa die, das humanitäre Völkerrecht zu achten. So darf eine Besatzungsmacht die Versorgung der Zivilbevölkerung nicht verhindern.

SZ, 31. Mai

Angriff auf Gaza-Konvoi

Israel hat jedes Maß verloren

Ein Kommentar von Peter Münch

Der israelische Staat hat es sich auf seinem Stammpflicht am Pranger der Welt bequem gemacht und so schlimmen Schaden angerichtet - für seine Stellung in der Region.

Wer von so vielen Seiten angefeindet wird, ist dringend auf Freunde angewiesen.

... Gewiss hat niemand gewollt, dass es so schlimm kommt. Aber ebenso gewiss ist, dass es irgendwann so schlimm kommen musste. Denn die Regierung in Jerusalem hat - nicht nur in diesem Fall - das Maß verloren, mit dem sie für ihre Ziele kämpft.

Israel sieht sich als Nation im Krieg. ...

Ein Land in steter Abwehrbereitschaft

Das ist eine Konsequenz aus der Geschichte dieses Landes, das in den 62 Jahren seiner Existenz nie zur Ruhe kam und bis heute umringt ist von Feinden. Dies führt jedoch dazu, dass alles aus dem Blickwinkel der Bedrohung betrachtet wird, und das Land allzeit und überall abwehrbereit ist. Dies ist der Kern der israelischen Staatsräson.

Der Umgang mit diesem brisanten politischen Axiom erfordert enormes Verantwortungsbewusstsein. Notwendig wäre dafür ein hohes Maß an Differenziertheit und Fingerspitzengefühl. Die israelische Politik jedoch versagt auf ganzer Linie vor dieser Verantwortung.

Als sechs Schiffe voller Hilfsgüter Kurs auf den Gaza-Streifen nahmen, wurde die Marine in Alarmzustand versetzt, als gelte es, eine feindliche Armada abzuwehren. Die unbedingte Aufrechterhaltung der Gaza-Blockade, die eigentlich nichts anderes ist als eine Strafaktion gegen 1,5 Millionen Palästinenser, wurde gleichsam in den Kern des israelischen Überlebenskampfes inkorporiert. Eine Niederlage durfte es auf diesem Feld nicht geben – koste es, was es wolle.

Mit diesem Tunnelblick haben Israels Streitkräfte nun den schlimmstmöglichen Schaden angerichtet – für die Stellung ihres Landes in der Welt.

... Gewiss waren neben Galionsfiguren wie dem schwedischen Schriftsteller Henning Mankell oder den europäischen Abgeordneten auch Heißsporne auf den Hilfsschiffen. Doch eine professionelle Armee – die obendrein so viel auf sich

hält wie die israelische – muss mit Widerstand von Zivilisten umgehen können, wenn sie sich auf eine solche Aktion einlässt. Nichts rechtfertigt dieses Schießen und Töten.

Der blutige Schlag gegen die Gaza-Flottille wird Israel nun international weiter ins Abseits drängen. ... Die israelische Politik kann nach diesem Desaster so handeln wie nach dem Gaza-Krieg vor anderthalb Jahren, der 1400 Palästinenser das Leben kostete, unter ihnen viele Zivilisten: Augen zu und durch, war hier die Devise. ... Israel könnte sich also einrichten auf seinem Stamplatz am Pranger der Weltgemeinschaft – in dem kurzfristig sogar bequemen Bewusstsein, der feindlichen oder zumindest ignoranten Welt sowieso nicht erklären zu können, warum der Zweck fast alle Mittel heiligt.

... Das Problem an dieser Haltung ist allerdings, dass sie die Kluft zwischen der Selbstwahrnehmung und der Fremdwahrnehmung immer weiter vergrößert – und diese Kluft muss Israel irgendwann zum Verhängnis werden. Denn das Land, das von so vielen Seiten angefeindet wird, ist dringend auf Freunde angewiesen.

An diesen Freunden – in Washington und in den europäischen Hauptstädten, nicht zuletzt in Berlin – ist es nun, auf Israel einzuwirken. Die Regierung in Jerusalem hat sich verrannt in selbstbezogene Alleingänge. Damit jedoch gefährdet Israel nicht nur seine eigene Position in der Welt, sondern auch die Suche der Welt nach Frieden in einer der gefährlichsten Regionen auf dem Globus. Der völlig überzogene Militäreinsatz gegen die Schiffe mit den Hilfsgütern sollte nun zur Umkehr mahnen.

BILD, 1. Juni 2010

9 Tote bei blutigem Zwischenfall im Mittelmeer Israel stürmt Schiffs-Flotte auf dem Weg nach Gaza

Riesenwirbel um die Stürmung eines umstrittenen Schiffskonvois von Palästinenser-Aktivisten auf dem Weg zum Gaza-Streifen – bei dem Militäreinsatz israelischer Elite-Einheiten im Mittelmeer wurden nach israelischen Angaben mindestens neun Menschen getötet.

Hunderte Elitesoldaten der israelischen Marine stürmten Montagmorgen gegen 4.30 Uhr drei der sechs Schiffe des Konvois, der die israelische Seeblockade brechen wollte, um Hilfsgüter nach Gaza zu bringen.

Zuvor hätten die israelischen Streitkräfte per Radio Kontakt zu den Aktivisten aufgenommen, berichtet die „Jerusalem Post“. Das Militär wies sie darauf hin, dass der Gaza-Streifen eine geschlossene Militärzone ist. Sie boten ihnen die Möglichkeit, sich in den Hafen der israelischen Stadt Aschdod schleppen zu lassen. Dies hätten die Aktivisten jedoch scharf zurückgewiesen, so Militärsprecher Avi Benajahu.

Daraufhin seilten sich Elitesoldaten mit Strickleitern von Hubschraubern ab, wurden mit „schwerer Gewalt“, mit Messern und Knüppeln, an Bord empfangen, so Benajahu. Einige hätten sogar versucht, „Soldaten zu lynchen. Das sind sehr aggressive Leute, keine Friedensaktivisten“.

Am Montag Abend tauchten Videobilder auf, die zeigen, wie die Aktivisten Soldaten attackierten und verprügelten.

Die selbst ernannte „Solidaritätsflotte“ war am Sonntag trotz eindeutiger israelischer Warnungen von Zypern aufgebrochen, um die Seeblockade des Gaza-Streifens zu durchbrechen. An Bord der sechs Schiffe: angeblich rund 10 000 Tonnen Hilfsgüter. Dazu 700 Aktivisten, darunter auch zehn Deutsche, sogar Mitglieder der Linksfraktion im

Bundestag.

Die Polit-Aktion sollte das Terror-Regime in Gaza stützen, womöglich sogar Waffen für Israel-Gegner liefern und damit die Blockade Israels gegen den Terror der Hamas unterlaufen. Fünf Soldaten wurden verletzt, zwei schwer. Die Pro-Palästina-Aktivisten erklärten dagegen, die Israelis hätten das Feuer eröffnet ...

Bundeskanzlerin Merkel nannte die Lage gestern Abend „sehr ernst“, verlangte von Israels Premier „schnellstmögliche Information“: Es stelle sich „die dringende Frage der Verhältnismäßigkeit“.

Ein US-Regierungssprecher erklärte „tiefstes Bedauern“ für die Opfer des Angriffs. Ehe man die Aktion beurteile, brauche es jedoch mehr Informationen.

Auch Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte sein „Bedauern“, über die Toten. Er brach seine USA-Reise ab und kehrte nach Jerusalem zurück.

Worum geht es in Gaza?

Der Gaza-Streifen ist ein 40 Kilometer langes Küstengebiet (1,5 Mio. Einwohner) zwischen Ägypten und Israel. Es gehört wie das Westjordanland zu den palästinensischen Autonomiegebieten.

1967 besetzt Israel das Gebiet, zog sich aber 2005 zurück. Zwei Jahre später übernahm die Terrororganisation Hamas die Kontrolle in Gaza, griff Israel fast täglich mit Raketen an. Über 10 000 Geschosse gingen auf Zivilisten in Israel nieder. Die Israelis reagierten im Dezember 2008 mit einer Militäroffensive und sperrten alle Zufahrten zum Gaza-Streifen – um Waffenlieferungen zu unterbinden.

Seitdem ist auch die Versorgung der Bewohner schwieriger: Wichtigster Handelsweg sind illegale Tunnel an der Grenze nach Ägypten, die von den Hamas-Terroristen immer wieder zum Waffenschmuggel missbraucht werden. Israel kontrolliert deshalb alle Güter, die für Gaza bestimmt sind.